



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Noch einmal die Demokratie.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gemacht und wo, wird als eine nothgedrungene gleichgiltige Sache ignorirt. So nahm man einen Seifenfeder, der sich durch eine in einem Kalender veröffentlichte Abhandlung über die Stearinlichtverfertigung einen Namen gemacht hatte, zum Apothereexamen an, und übergab nach der Prüfung seiner Leitung sogar die Apotheke des Riesenspitals vom sogenannten Kindlein Jesus, in welchem sich fortwährend 9 bis 10 Hundert Kranke befanden.

## Noch einmal die Demokratie.

Schleswig-Holstein im Jahre 1850. Ein Tagebuch von J. Benedey. Zwei Bände. Leipzig. Wenarius u. Mendelssohn.

Sociale Briefe an v. Kirchmann. Von Rodbertus. Dritter Brief: Widerlegung der Ricard'schen Lehre von der Grundrente und Begründung einer neuen Rententheorie. Berlin. Allgemeine Deutsche Verlags-Anstalt.

Die Kunst und die Revolution. Von Richard Wagner. Leipzig. Otto Wigand. Deutsche Monatschrift von Kolatschef. Bremen. Schönemann.

Amerikanische Colonisation im Lichte des Geistes der Zukunft. Von Dr. Karl Brockmann. Hamburg. Meißner u. Schirges.

Die Nationalzeitung hat mit Bezugnahme auf einige Artikel der Grenzboten ihr Botum in Beziehung auf die Stellung der Demokraten gegen die Gothaner abgegeben. Wir halten uns lediglich an dieses Botum, ohne auf die sonstige Polemik weiter einzugehen, und bemerken nur noch, daß es weise wäre, die Unterscheidung zwischen persönlichem Muth und moralischem Muth, d. h. zwischen Dem, was das Volk gewöhnlich unter Muth versteht, und einer uneigentlichen Bedeutung dieses Wortes, stets im Auge zu behalten, da man sich sonst leicht dem Verdacht aussetzen würde, nicht ohne Absicht die Worte bald im eigentlichen, bald im uneigentlichen Sinne zu gebrauchen. Wenn man gewissenhafter damit verfährt, so wird man bald zu der Einsicht kommen, daß auf die Versammlung von Gotha, was man auch sonst dagegen einwenden möge, die Beschuldigung des Mangels an Muth weder im eigentlichen, noch im uneigentlichen Sinne paßt, denn durch einen offenen Schritt der öffentlichen Meinung zu treten, verlangt jedenfalls mehr Muth, als sich in passiver Resignation von jeder Thätigkeit zurückziehen, welche der Einheit des politischen Charakters Gefahr droht.

Was jenes Botum betrifft, so besteht es in der Erklärung, daß die Demokraten sich niemals, auch nicht zu einem vorübergehenden Zweck, mit ihren bisherigen Gegnern verbinden werden, theils wegen der principiellen Verschiedenheit in der Ansicht über das allgemeine Wahlrecht, theils wegen jenes „Mangels an Muth“. Diese Erklärung würde von größerem Gewichte sein, wenn man wüßte,

wer sie eigentlich giebt. Vor noch nicht langer Zeit hat die Nationalzeitung entschieden dagegen protestirt, daß die Demokratie unter Führern stände, oder durch ein bestimmtes Organ sich vertreten ließe. Die Erklärung geht also lediglich von einzelnen Individuen aus und präjudicirt das Verhalten der übrigen Demokraten in keiner Weise. Sie ist aber insofern von Interesse, als sie Diejenigen unserer Partei, die noch immer in dem alten Wahne stehen, wir müßten in allen Dingen die Initiative ergreifen, vor jeder voreiligen Annäherung an diejenige Partei, die man unter dem Collectivbegriff der demokratischen zu verstehen pflegt, warnen kann.

Bereits in einem frühern Artikel haben wir es ausgesprochen, daß wir die Existenz einer demokratischen Partei in dem Sinne und der Ausdehnung, wie die demokratischen Blätter sie aussprechen, nicht zugeben. Der erste beste Blick in solche Schriften, wie die oben angeführten, muß uns davon überzeugen. In der Monatschrift polemisirt Herr Ludwig Simon, der in Frankfurt auf der äußersten Linken saß, mit großer Entschiedenheit gegen jene halbverrückte, halbverrückte Partei, die in Herrn Engels und Aehnlichen ihre Führer, in der Neuen Rheinischen Zeitung ihr Organ hatte. Er weist ganz richtig nach, daß die Mittel, die sie vorschlagen, jesuitisch, und daß ihr Zweck ein sinnloser ist; aber er ist doch nicht ganz glücklich in seiner Polemik, denn die Behauptung von Engels, daß eine Auflösung Deutschlands in Arcantone nach Art der Schweiz einer Versumpfung des Deutschen Lebens gleichkommen würde, so wie die andere Behauptung, daß das allgemeine Wahlrecht wenigstens in manchen Ländern zu einer Proletariendictatur führen würde, hat er keineswegs widerlegt. Er bleibt bei dem abstracten Princip der allgemeinen Wahlen stehen, und scheint gegen den Inhalt desselben gleichgiltig zu sein, ohne zu erwägen, daß unter solchen Voraussetzungen die geschichtliche Kraft der Völker zu einer rettenden That schreiten würde, ohne nach allgemeinem Wahlrecht, Verfassung, Eidschwur und dergleichen zu fragen. Jedes blos formelle Princip, welches der vernünftigen Einsicht jede Möglichkeit nimmt, der Massenherrschaft, d. h. der Herrschaft des Zufalls, der Leidenschaft, der Laune, zuletzt der Rohheit, einen geordneten Widerstand entgegenzusetzen, ist ein höchst unfruchtbares. Die „eigentlichen“ Demokraten gehen von einer falschen Voraussetzung aus, die man irriger Weise uns zuschreibt, von der Voraussetzung, daß sie im Fall einer Revolution, weil sie die verständigsten und wohlmeinendsten unter den Revolutionairs wären, auch die Herrschaft über dieselben behaupten könnten. Eine wirkliche Revolution aber, wie sie unsre Demokraten träumen, und wie sie in der Geschichte durch einen einzelnen Act noch niemals erfolgt ist, d. h. eine vollständige Vernichtung der bestehenden Autorität auch in den kleinsten Theilen des Staatslebens durch die insurgirte Masse kann zu nichts Anderem führen als zu einer Prätorianerherrschaft, und was aus dieser, die als der absolute Unsinn nur in der Form einer Uebergangsperiode betrachtet

werden kann, sich entwickeln soll, hängt nicht mehr von dem zusammenhängenden Wirken einer Partei, sondern von dem Spiele des Zufalls ab. Wenn man aber verlangt, die Gesellschaft solle sich selbst freiwillig die Hände binden, sie solle durch die absolute Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts sich jede Möglichkeit nehmen, auf dem Wege der Ordnung und des Gesetzes sich von dieser Tyrannei zu befreien, so heißt das ihr so viel zumuthen, daß man es fast für eine unschuldige Schwärmerei halten sollte.

Ähnliche Widersprüche im Princip selbst stoßen uns fortwährend in den sehr verschiedenartigen Schichten auf, aus denen die sogenannte Demokratie zusammengesetzt ist. In unsrer Partei ist das nicht der Fall. Wir sind über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Maßregel oft genug uneinig gewesen, wie das bei den sehr verwickelten Voraussetzungen, aus denen unsre neueste politische Thätigkeit hervorging, nicht anders möglich ist; aber niemals über den eigentlichen Zweck. Dieser Zweck ist durch den gesammten Deutschen Liberalismus seit dem Jahre 1806 verfolgt worden, und es ist eigentlich eine ganz schiefe Bezeichnung, wenn man unsern Namen von einem einzelnen nicht gerade sehr wichtigen Act herleitet. Der Radicalismus dagegen hat sich zwar vielfach mit den Staatsformen in allen ihren Consequenzen beschäftigt, aber niemals mit der Substanz des Staats, mit jener Darstellung der Souverainetät, die doch den Brennpunkt aller politischen Bewegung hergeben muß. Er bringt wol souveraine Versammlungen zusammen, für ganz Deutschland, für ganz Oestreich, für Preußen, wie für Hessen-Homburg, aber das Mittelglied, wodurch die souverainen Beschlüsse dieser Versammlungen die wirkliche Giltigkeit erlangen sollen, hat er noch nicht entdeckt. Der Reichsverweser leistete nicht, was er leisten sollte, die Herren Raveaux, Simon u. s. w. auch nicht, und Herr Thstein würde es eben so wenig im Stande gewesen sein. Es kommt aber gar nicht darauf an, nach welcher Form das Parlament zusammengesetzt ist, sondern wie weit seine reale Macht geht. Das ohnmächtigste aller Parlamente ist dasjenige, welches sich auf den Pöbel stützt; das mächtigste das aristokratische, d. h. dasjenige, welches alle wirklich einflussreichen Männer des Landes in sich vereinigt. Eine Wahlform zu finden, aus welcher diese Aristokratie wirklich hervorgeht, wäre die höchste Aufgabe der constituirenden Thätigkeit. Die Demokratie aber entzieht sich dieser Aufgabe, wenn sie sich von vorn herein an eine bestimmte Formel bindet, ohne Rücksicht auf das Resultat.

Die eigentlich demokratische Partei verwahrt sich jeden Augenblick gegen die Solidarität mit ihren Auswüchsen, und doch beruft sie sich wieder fortwährend auf die Masse des Volkes, die hinter ihr stehe. Das ist nicht sowol ein jesuitischer Versuch, die Andern zu täuschen, als eine innere Unklarheit. Sie hat bis jetzt das Glück gehabt, sich überall in der Opposition zu befinden, und daher sich theils auf Ausbrüche des Gefühls, theils auf den Scharfsinn einer äußerlichen Kritik beschränken zu können. Wenn man daher die vorzüglichsten parlamentarischen

Vertreter unsrer Partei mit dem Spottnamen der „Edlen“ bezeichnet, so könnte man die eigentlichen Demokraten die „Gemüthlichen“ nennen. In Frankfurt waren Männer, wie Heinrich Simon, Raveaux, Benedey u. s. w. die charakteristischen Erscheinungen dieser Partei; man könnte aber auch noch weiter nach Links greifen, um dieselben Eigenthümlichkeiten wiederzufinden. Herr Benedey ist ein continuirliches Ausrufungszeichen, er hat eine so große Masse widersprechender Wünsche in seinem Herzen, daß er in einer beständigen sittlichen Entrüstung leben muß. Ein Sieg der Demokratie würde dieses Verhältniß nicht ändern. Das vorliegende Buch ist sehr lehrreich für die Charakteristik der demokratischen Gesinnung. Zorn, Spott und Neigung zu Thränen, diese drei Stimmungen wechseln fortwährend durch einander. Ein beständiges Urtheil *ex aequo et bono* und dabei eine Befangenheit in den hergebrachten Redensarten, die jede ruhige Erwägung unmöglich macht. Bei Benedey kommen die äußern Schicksale hinzu, diese oberflächliche Touristennatur zu erklären; aber es liegt auch zum Theil in den Gewohnheiten der politischen Kannegießerei, wie sie seit vielen Jahren bei unsrer Opposition ausschließlich herrschend war. Für diese Männer giebt es keine politische Entwicklung mehr; sie werden entweder allmählig auf das Resultat kommen, wie Herr Brockmann, daß mit Europa Nichts mehr anzufangen ist, und daß man einen transatlantischen Naturboden suchen müsse, um das Reich des Guten herzustellen, oder sie werden mit ihrer demokratischen Gesinnung in's Privatleben flüchten und sie je nach Talent und Neigung in der Kunst oder in religiöser Particularität ausdrücken. Von dieser Neigung, auf Grundlage der Demokratie eine exklusive Welt der Kunst herzustellen, wie sie sich in Richard Wagner ausspricht, und wie sie schon früher in einzelnen der begabteren lichtfreundlichen Gemeinden spukte, werden wir später noch ausführlicher sprechen.

Sehr wesentlich zu unterscheiden von diesen Gefühlsphilosophen der Demokratie sind die Staatsmänner derselben, die eigentlich nur zufällig in diese Verbindung gekommen sind. Herr Rodbertus, der eine derselben, giebt in seinen „socialen Briefen“ die Beiträge zu einer Theorie der Nationalökonomie, die schon dadurch, daß sie gegen ein Mitglied seiner eigenen Partei gerichtet sind, andeuten, wie auch in diesem Felde die Demokratie noch im Suchen begriffen ist. Das Buch, dessen Inhalt zu würdigen wir uns später vorbehalten, ist uns hier nur wegen der Stellung seines Verfassers innerhalb der Parteien interessant. Herr Rodbertus tritt keineswegs als Agitator auf, sein Buch setzt eine wissenschaftliche Vorbereitung voraus. Wenn die Führer der Demokratie, die das Talent dazu haben, in dieser Weise fortarbeiten, anstatt ihrer Muße den Anschein einer wirklichen Parteithätigkeit zu geben, so können sie unsrer Theilnahme gewiß sein. Die politische Thätigkeit der Demagogen des Jahres 1848 hat sehr viel dazu beigetragen, die sittlichen Begriffe und den Verstand des Volkes, das sich von ihnen leiten ließ, zu verwirren; wenn das die Besseren der Partei dadurch wieder

gnt zu machen suchen, daß sie die Grundzüge ihrer Ueberzeugung nicht mehr blos in der Form der Versicherung und der Leidenschaft, sondern als ruhige Deduction hinstellen, so kann das mehr dazu beitragen, eine wirkliche Annäherung aller Gutgesinnten zu befördern, als alle Intriguen einer Fusion. Bis jetzt ist es der Fall gewesen, daß man in den Parteien nicht die Principien, sondern die Personen angegriffen, und daß man die Principien mit einigen allgemeinen Redensarten, wie Halbheit und dergleichen, abgefertigt hat. Sobald man es wagt, nicht durch sophistischen Spott, sondern durch eine gewissenhafte Erörterung den Principien selbst zu Leibe zu gehen, so wird es sich sehr bald ergeben, daß auch diese einander nicht so schroff gegenüber stehen, als es den Anschein hat.

Eine solche Annäherung, die nicht etwa eine parlamentarische Coalition sein soll, dürfte in der nächsten Zeit nothwendig werden, wenn die Krisis, die vor-  
ausichtlich im nächsten Jahre eintreten wird, nicht zu einer allgemeinen Barbarei führen soll. Bei unsern verwirrten und unklaren Verhältnissen in Deutschland läßt sich die Behauptung sehr leicht aufstellen, daß es nur zwei Parteien geben dürfte, von denen die eine die andere im offenen Kampfe vernichten muß. Diese chevalereske Redensart verliert aber allen Sinn, wenn man einerseits nach Paris, andererseits nach Warschau sieht. In Paris existirt eine große geschlossene, vollständig organisirte Partei, die im strengsten Sinne des Worts den Umsturz aller gesellschaftlichen Verhältnisse und wenigstens vorläufig eine Dictatur der Massen beabsichtigt; in Warschau rüstet sich die monarchische Coalition zur Bekämpfung derselben und zur Concentration aller Souverainetät in den Händen der Fürsten. Bleibt der eigentliche Kern des Volks, die Bürgerschaft, in Deutschland und Frankreich in ihrer bisherigen Spaltung, so wird sie nach beiden Seiten hin von den Extremen absorbiert und verliert allen Einfluß; schließt sie sich dagegen zusammen, so wird sie in der Partei, mit der sie sich verbindet, die Herrschaft gewinnen. Diejenigen also, welche eine Verständigung der Mittelparteien, ganz abgesehen von der historischen Vergangenheit derselben, unmöglich zu machen suchen, laden dadurch eine Schuld auf sich, deren Umfang sie noch gar nicht übersehen.

## W o c h e n s c h a u .

**Aus Pommern.** — Auf dem Schlosse der alten Pommerschen Herzöge in Stettin wohnt der Oberpräsident der Provinz, ein Schwiegersohn des verstorbenen Ministers v. Kampß. Wer die verwandtschaftlichen Verhältnisse der hohen Preussischen Staatsbeamten weiter verfolgt, wird meist zu einem Gönner geführt werden, dessen Protection die Schranken und Hemmungen beseitigte, die ohne solche Familien-Verbindungen als ein eherner Schlagbaum dem Emporsteigen im Wege gestanden hätten.